

## Bundesweiter Warntag im Landkreis ohne Sirenen

Am Donnerstag wird auf vielerlei Wege alarmiert

**Cham.** Am Donnerstag, 14. September, findet der Bundesweite Warntag statt. Dabei werden viele Warnkanäle erprobt, mit denen die Menschen in Deutschland vor Gefahren gewarnt werden können. Zu den Warnkanälen zählen unter anderem Radio und Fernsehen, Warn-Apps wie NINA und neuerdings auch der Mobilfunkdienst Cell Broadcast.

Cell Broadcast ist ein Mobilfunkdienst. Er ermöglicht das Versenden von Warnnachrichten direkt auf mobile Endgeräte. Der Dienst funktioniert ohne App. Im Zusammenhang mit Cell Broadcast ist für die Nutzer folgendes zu berücksichtigen: Stellen Sie sicher, dass Sie die aktuellen Updates Ihres Betriebssystems installiert haben. Damit Sie die Probewarnung empfangen können, muss Ihr Handy eingeschaltet und darf nicht im Flugmodus sein.

Ältere Geräte können Cell Broadcast-Nachrichten zum Teil nicht empfangen. Auf der Webseite des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) finden sich Informationen der Mobilfunknetzbetreiber und Endgerätehersteller zu den Einstellungsmöglichkeiten sowie eine Liste mit empfangsfähigen Geräten: [www.bbk.bund.de/cell-broadcast](http://www.bbk.bund.de/cell-broadcast).

Gegen 11 Uhr erfolgt am 14. September die zentrale Auslösung der Probewarnung. Gegen 11.45 Uhr erfolgt für die meisten Warmmittel die Entwarnungsmeldung. Nähere Informationen finden sich unter: [www.bbk.bund.de/bundesweiter-warntag](http://www.bbk.bund.de/bundesweiter-warntag).

Im Ernstfall dienen die Warnungen zur Information der Bevölkerung, um sich bei et-

waigen Schadensfällen, wie zum Beispiel Gasaustritt, Großbränden, Hochwasser oder Extrem-Wetterlagen richtig zu verhalten.

Es gibt eine Umfrage zum bundesweiten Warntag 2023: Über eine öffentliche Online-Umfrage haben alle Bürger die Möglichkeit, ihre Erfahrungen mit der Probewarnung zu teilen. Hier wird beispielsweise erhoben, ob die Bürger die Probewarnung über den neuen Mobilfunkdienst Cell Broadcast empfangen, im Radio oder über einen anderen Kanal gehört haben.

Die Umfrage startet am 14. September gegen 11 Uhr. Sie endet am 21. September um Mitternacht. Über die Webseite [www.warntag-umfrage.de](http://www.warntag-umfrage.de) können alle Interessierten teilnehmen. Die Beiträge bleiben dabei anonym: Weder bei der Erfassung noch der Auswertung sind Rückschlüsse auf die Teilnehmenden möglich. Durch die Umfrage haben alle die Möglichkeit, die Warnabläufe in Deutschland per Feedback aktiv mitzugestalten und zu verbessern.

Im Landkreis Cham dienen die zur Verfügung stehenden Sirenen aktuell nur der Alarmierung der Feuerwehren. Sie werden anlässlich des Bundesweiten Warntags nicht ausgelöst. Dies wird sich aber in den kommenden Jahren ändern. Die Gemeinden im Landkreis Cham haben bereits mit der Umstellung von analoger auf digitale Alarmierung begonnen. In diesem Zusammenhang werden alle zur Verfügung stehenden Sirenen ertüchtigt, um zukünftig auch entsprechende Katastrophenschutzsignale aussenden zu können.

## Leichtes Plus bei Zahl der Schulanfänger im Landkreis

Landrat Franz Löffler wünscht guten Start

**Cham.** Zum heutigen ersten Schultag wünscht Landrat Franz Löffler allen Schülerinnen und Schülern mit ihren Familien einen guten und erfolgreichen Start ins neue Schuljahr. „Ich hoffe, die freien Wochen brachten viele Gelegenheiten zur Ruhe und Erholung, bei einem Urlaub im Ausland oder daheim in unserer schönen Region. Kehren Sie gut zurück in den Schulalltag, mit frischer Energie, Motivation und viel Freude am Lernen und dem sozialen Miteinander in der Schulfamilie“, sagt der Chamer Landrat.

An alle Verkehrsteilnehmer gerichtet bittet der Landrat ab dem heutigen Dienstag wieder im täglichen Schulverkehr besondere Rücksicht auf die Jüngsten zu nehmen. Den Angaben des Staatlichen Schulamts zufolge besuchen heute insgesamt 1214 ABC-Schützen erstmals den Unterricht an den Grundschulen im Landkreis. Ein leichtes Plus im Vergleich zum Vorjahr, als die Zahl der Neuzugänge noch bei 1204 Buben und Mädchen lag.

„Der erste Schultag ist ein ganz besonderer Tag im Leben eines Kindes, aber auch für die Eltern und Großeltern“, betont Landrat Löffler. „Ich wünsche allen Schulanfängern mit ihren Familien heute einen gelungenen Start in den neuen Lebensabschnitt und einen herzlichen und vertrauensvollen Empfang in der neuen Schulfamilie.“

Einen großen Dank richtet der Chamer Landrat an die Lehrkräfte, Schulleitungen und alle weiteren Mitglieder der Schulfamilien, die sich auch in diesem Schuljahr wieder mit großem Einsatz für ein zukunftsweisendes und bedarfsgerechtes Lern- und Lehrumfeld engagieren. „Ohne das tägliche Engagement der Schula-



Landrat Franz Löffler wünscht allen Schülern einen guten Start! Foto: Pressestelle Landratsamt Cham

milien wäre es nicht möglich, dass junge Menschen im Landkreis Cham heute beste Bildungschancen vorfinden und damit beste Aussichten auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft“, dankt Landrat Löffler.

Auch im neuen Schuljahr zeige sich die Lehrerversorgung an allen weiterführenden Schulen des Landkreises recht zufriedenstellend. Vor allem der ostbayerische Raum profitiere von einer hohen Zahl an einheimischen Lehrkräften, die an einer attraktiven Schule vor Ort unterrichten wollen. Dies treffe neben den Staatlichen Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen auch auf die Versorgungslage der Sonderpädagogischen Förderzentren zu.

An den Mittelschulen sowie an den weiterführenden Schulen im Landkreis bleiben die Schülerzahlen auch 2023/24 weiterhin auf einem hohen Niveau konstant. Die drei Gymnasien verzeichnen insgesamt 288 Neuzugänge, das sind 20 mehr als im Vorjahr. Die vier kreiseigenen Realschulen dürfen sich mit 316 Neulingen ebenfalls über einen leichten Zuwachs freuen. Mit 336 Neuzugängen sind die Zahlen an den Mittelschulen im Vergleich zum Vorjahr (380) leicht rückläufig, aber dennoch stabil.



Bald alles neu? Das Gebäudeenergiegesetz wird Mieter und Vermieter überfordern, ist Andreas Stangl überzeugt. Foto: Carsten Koall/dpa

## Folgen des Heizungsgesetzes

Schwierige Situation für Vermieter – Auswirkungen auf den Mietvertrag

**Cham.** Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), das am 8. September im Bundestag beschlossen wurde, betrifft nicht nur Eigentümer sondern wird für viel Konfliktstoff auch zwischen Vermieter oder Mieter sorgen, meint Andreas Stangl, Fachanwalt und Mitglied des Landesvorstandes Bayerischen Wohnungs- und Grundeigentümergebietes (BWE). Das GEG führt laut Stangl auch zu Änderungen im Mietrecht.

Wohnraummietverträge mit einer Indexklausel, das heißt die Miete wird an den Verbraucherpreisindex gekoppelt, erlauben dem Vermieter künftig nicht mehr, die Kosten der Modernisierung umzulegen. Bitter für Vermieter im Landkreis, da diese Verträge weit verbreitet waren.

### Keine Übergangsfristen

Bei Modernisierungsbedarf in der Immobilie ist bei neuen Mietverträgen von der Indexmiete abzurufen oder ist die künftigen Kosten in die Miete einzukalkulieren. Bei Bestandsmietverträgen sind dies nicht möglich. Der Gesetzgeber hat keine Übergangsfristen vorgesehen.

Vermieter sollten laut Stangl jede Erhöhungsmöglichkeit nutzen, zumal der Gesetzgeber weitere Einschränkungen plant. Wohnraummietverträge mit Staffelmietvereinbarung

erlauben ebenfalls keine Umlage. Bei sonstigen Wohnraummietverträgen können die Kosten der Modernisierung – wenn auch massiv gedeckelt – umgelegt werden.

Klar wird die Wirkung des GEG bei der Modernisierung anhand von Beispielen. Die Kosten einer neuen Heizung (ohne sonstige Sanierungsmaßnahmen die schnell sechsstellige Zahlen bedeuten können) sind teuer. Der Vermieter selbst hat aber nichts davon, allenfalls der Mieter, wenn dadurch tatsächlich Energie eingespart wird. Das schafft laut Andreas Stangl keinen Anreiz für den Vermieter, weshalb das GEG diesen im Einzelfall zur Modernisierung zwingt. Nach der Neuregelung darf der Vermieter wählen zwischen der bisherigen und neuen Modernisierungsumlage.

Nach der alten Regelung sind maximal acht Prozent der Kosten jährlich auf den Mieter umlegbar, wobei es eine Kapazitätsgrenze in Höhe von 2 Euro pro Quadratmeter monatlich bei Mieten unter 7 Euro pro Quadratmeter gibt. Ist die Miete höher als maximal 3 Euro pro Quadratmeter. Die neue Regelung erlaubt dem Vermieter bei Heizungen auf dem Papier sogar maximal zehn Prozent der Kosten jährlich umzulegen, wenn er eine Förderung in Anspruch genommen hat. Generell gilt, dass nur

Kosten umlegbar sind, abzüglich Drittmittel (Förderung).

Für die durch das GEG erzwungene Heizungsmodernisierung wird ein neuer Deckel bei beiden Varianten zusätzlich eingeführt. Mit mehr als monatlich 0,50 Euro pro Quadratmeter soll der Mieter nicht an den Kosten beteiligt werden. Statt einer Kapazitätsgrenze sind es nun zwei geworden und die Zahl der Modernisierungsmieterhöhungsvarianten hat sich verdoppelt. Das wird die Menschen überfordern, ist Stangl überzeugt.

Bei einer fiktiven Wohnung mit 90 Quadratmetern kann der Vermieter maximal 45 Euro (0,50 € x 90 qm) monatlich bzw. 540 Euro im Jahr zusätzlich vom Mieter verlangen. Geht man von Kosten einer Wärmepumpe bei einem Dreiparteienhaus von 50 000 Euro aus und zieht die Sockelförderung (30 Prozent) ab, verbleiben 35 000 Euro Eigenanteil, der auf die Mieter umgelegt werden kann. Frühestens nach 22 Jahren amortisiert sich die Wärmepumpe! Im Zweiparteienhaus sogar erst nach 32 Jah-

„Das wird für viel Konfliktstoff sorgen.“

Andreas Stangl  
Mitglied im Landesvorstand  
Bayerischen Wohnungs- und  
Grundeigentümergebietes

ren und im Einfamilienhaus nach 64 Jahren. Die Wärmepumpe allein reicht meist nicht, sondern im Bestand muss man mit Fenstern, Wärmedämmverbundsystemen (WDVS) und Dachgeschoss

schnell 100 000 Euro aufwenden. Liegt die Miete im Beispiel bei 6,90 Euro pro Quadratmeter, zahlt der Mieter monatlich im Beispiel 621 Euro. Der Vermieter kann maximal 2 Euro pro Quadratmeter erhöhen, also auf 8,90 Euro. Macht eine monatliche Mieterhöhung von 801 Euro (8,90 € x 90 qm) aus.

### Amortisation nach 46 Jahren

Im Jahr kann der Vermieter von den 100 000 Euro bezahlten Kosten also 2160 Euro vom Mieter erhalten. Nach 46 Jahren wären die Kosten amortisiert. Dies zeigt: Vermieter als auch Mieter sind mit den Kosten überfordert. Das rechnet sich für keine der Parteien, sagt Stangl. Viele setzen dann den Rotstift an und machen nur wozu sie gezwungen sind: die Wärmepumpe. Folge ist, dass diese nicht effektiv läuft und exorbitante Stromkosten auflaufen, die der Mieter ohne Deckel zahlen muss. Mieter von Geschäftsraum werden dagegen bevorzugt. Eine Modernisierungsmieterhöhung zu Lasten des Geschäftsraummieters wird es auch nach dem GEG nicht geben.

## „Gemeinsam für Europa einsetzen“

MdL Gerhard Hopp als Vorsitzender der Europa-Union im Landkreis Cham bestätigt

**Cham.** Über ein großes Vertrauensvotum als alter und gleichzeitig neuer Vorsitzender der überparteilichen Europa-Union im Landkreis Cham kann sich der Chamer Landtagsabgeordnete Gerhard Hopp freuen. Er wurde in diesen Tagen bei einer Versammlung im Hotel Randsbergerhof in Cham einstimmig wiedergewählt. Sein Ziel: „Für die europäische Idee begeistern und gerade auch die jüngere Generation erreichen.“

Gerade in der Grenzregion spiele Europa eine herausragende Rolle, betonte er bei der Versammlung. Auch habe der russische Angriffskrieg auf die Ukraine gezeigt, wie wichtig es sei, die europäischen Werte – Demokratie, Achtung der Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit – zu verteidigen. Dank zollte Hopp auch Bürgermeisterin Barbara Haimerl für ihr Engagement. Sie fungiert neben Christoph Czakalla weiterhin als seine Stellvertreterin.

In seinem Rechenschaftsbericht wies Hopp auf die enge Zusammenarbeit der Europa-Union bei zahlreichen Aktionen und Projekten – etwa mit der Donau-Moldau-Region, dem Europe-Direct-Büro Furth im Wald, dem Landratsamt Cham oder auch der Baye-



Die neu gewählte Vorstandschaft der Europa-Union im Landkreis Cham mit ihrem alten und neuem gewählten Vorsitzenden MdL Gerhard Hopp. Foto: Hopp

rischen Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK), hin.

„Wir haben beispielsweise bei einem Europatag im Chamer Landratsamt mit Boten und EU-Direktor a.D. Gerhard Sabathil für die europäische Idee geworben“, berichtete der CSU-Politiker. Angesichts zunehmender Europaskepsis, kriegerischen Auseinandersetzungen, wachsendem Nationalismus bei einigen Mitgliedsstaaten oder auch unterschiedlichen Auffassungen bei der Flüchtlingsfrage, sei es wichtig, die Menschen „mitzunehmen“ und für das große „Friedensprojekt Europa“ zu werben.

Einen wichtigen Beitrag hierfür leistet laut Hopp etwa das Veranstaltungsformat „Europa-Werte-Wanderweg“, den er zusammen mit Europaministerin Melanie Huml und MdEP Christian Doleschal in Bad Kötzing und Furth im Wald veranstaltete.

„Europa und die Werte für die Menschen vor Ort sichtbar und erlebbar zu machen, dafür steht der Europa-Werte-Wanderweg“, informierte Hopp. Er freue sich, dass dieser neue und innovative Weg, Europa sichtbar zu machen, von den Bürgern sehr gut angenommen wurde. Auch stießen die „EU-Projektstage“ an verschiedenen Schulen im Landkreis Cham,

die Hopp gemeinsam mit Karin Stelzer, Leiterin des Europe-direct Büros Furth im Wald initiierte, bei den Schülern auf reges Interesse.

In seinem Grußwort unterstrich Landrat Franz Löffler, Europa zu gestalten, beginne vor Ort, im Landkreis Cham. „Rund 5000 tschechische Mitarbeiter arbeiten bei uns und helfen entscheidend mit Wohlstand und Prosperität zu generieren“, unterstrich der Bezirkstagspräsident. Es gelte, ein Bewusstsein für Europa zu entwickeln, die enorme Entwicklung der Nachbarregionen Oberpfalz und Pilsen wäre ohne die Grenzöffnung kaum vorstellbar.